Lösungen für Sylt sind Lösungen für Schleswig-Holstein

Hörnum

Kommunaler Wohnungsbau statt Investoren-Projekte  
  
**Ausgangssituation A:** Das „Fünf-Städteheim“ in **Hörnum Nord** braucht für die Sanierung seines Objektes Geld und erhofft sich durch den Verkauf eines Teils des XL-Grundstücks und dessen Entwicklung zu Wohnraum finanziellen Spielraum für die Sanierung.   
Zudem wünscht das „Hotel Budersand“ in Hörnum Nord, auf diesem Areal Golf-Lodges zu bauen. Die Landesplanung hat signalisiert, dass sie dem Bau dieses touristischen Wohnraumes nur zustimmt, wenn Hörnum-Nord sich mit mindestens 100 Wohneinheiten zu einer eigenständigen Siedlungsstruktur entwickelt.   
Zuletzt plante die Genossenschaft „Adlershorst“ dort 121 Wohnungen plus zwölf Gästewohnungen in zwölf dreigeschossigen Häusern. Die Pläne stießen in der Bevölkerung aufgrund der Größe des Bauvorhabens, der kleinen Wohnungen und der Vermischung mit touristischem Wohnen auf Widerstand. Der Unwillen der Bevölkerung schlug sich in einem erfolgreichen Bürgerbegehren nieder. Ein weiterer Einwand: Bei der Belegung gemeindeeigener Wohnungen wird immer wieder deutlich, dass viele Menschen gar nicht nach Hörnum ziehen möchten.

**Handlungsbedarf 1: Es braucht kleinere Einheiten der Wohnbebauung in kommunaler Hand**

Die Fläche zwischen Steintal und Budersandstraße bietet die Möglichkeit, innerhalb der Siedlungsstruktur kommunalen Wohnungsbau zu betreiben. Integriert, sowohl städtebaulich als auch in Bezug auf die Bevölkerungsstruktur.

**Handlungsbedarf 2: Es braucht eine Korrektur des Kommunalgesetzes in Punkto „Bürgerbegehren“.**

Das Bürgerbegehren hat deutlich die Wichtigkeit dieses Instrumentes innerhalb der demokratischen Strukturen gezeigt, um den Bürgerwillen abzubilden.

**Zitat** Ingo Dehn: „Die Erstellung von 27 kommunalen Wohneinheiten in der Mitte von Hörnum wären ein sehr vernünftiger Beitrag, dem Wohnraumbedarf zu begegnen und langfristig sicheren Wohnraum zu schaffen.“

**Zitat** Ann-Christin Nebel: „Um das Dauerwohnraumproblem lösen zu können, braucht es keine Investoren. Wichtig wäre, neben der kommunalen Bauplanung/Entwicklung, auch den Bund/BIMA mit einzubinden hinsichtlich sieben leerstehender, bis zuletzt als Dauermietwohnraum genutzter Hausscheiben. Und zwar jetzt und nicht mit einer Zeitvorgabe von fünf Jahren wegen etwaiger Sanierung. Das letzte Haus steht seit April 2021 leer, andere hingegen schon seit mehr als 3-4 Jahren“.  
  
———————————————————————————-

**Ausgangssituation B:** Der **Hafen** der Gemeinde Hörnum dient Sportbooten, Ausflugsschiffen und den Muschelfischern. Er ist im Besitz des Bundes. Die Gemeinde möchte ihn gerne übernehmen, kann die Investitionssummen jedoch nicht stemmen. Und die Kommunalaufsicht unterstützt das Vorhaben nicht. Das Land kann nur helfen, wenn der Hafen in Gemeindehand kommt. Da aber aufgrund der hohen Summen die Gefahr besteht, dass Hörnum beim Erwerb Bedarfsgemeinde wird, dreht sich das Problem im Kreis. Die Gemeinde müsste, um dieser Spirale zu entkommen, ein Wirtschaftlichkeitskonzept vorlegen. Es ist gut möglich, dass sie hierzu der Hilfe der anderen Inselgemeinden bedarf.

**Handlungsbedarf 3:** Großprojekte auf Sylt benötigen insulares Handeln aller Gemeinden. In diesem Falle braucht es Unterstützung vom Land in Form von Fördergeldern und Support bei der Bildung einer geeigneten Struktur (Inselzweckverband, Planungsverband)